

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	25
		TOP:	2a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	23.03.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	Herr Zügel (AfLW)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	"Grundstücke des Bundes für Wohnbau aktivieren" - gemeinsamer Antrag Nr. 81/2018 vom 09.03.2018 (FW, CDU, SPD, FDP)		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

EBM Föll weist vorab auf die Tischvorlage - die Antwort von OB Kuhn auf das Schreiben des Haus- und Grundbesitzervereins - hin. Sie ist dem Protokoll beigelegt.

Zunächst berichtet Herr Zügel, die Verwaltung stehe in regelmäßigem Kontakt mit der BlmA, habe aber auf den Antrag hin dort nochmals nachgefragt.

Das BlmA-Gesetz sei vor vier Jahren dahingehend geändert worden, dass die Kommunen nun ein Erstzugriffsrecht hätten, das sie mit einem Abschlag von 50 % vom Verkehrswert erhielten, wenn sie das Grundstück für sozialen Wohnungsbau verwendeten. Im Bundeshaushalt seien dafür 100 Mio. € zur Refinanzierung eingestellt worden. Die Stadt habe im Rahmen dieser Kooperation in der Vergangenheit z. B. die Liegenschaften Hofener Straße 174, Birkenwaldstraße 38 und Am Mittelkai erworben. Nach der neuen Regelung sei nun sichergestellt, dass die BlmA sämtliche zur Vermarktung anstehenden Grundstücke zunächst der Kommune bzw. Gebietskörperschaft anzeigen müsse. Im Weiteren erläutert er die Situation bei den in der Tischvorlage genannten Immobilien - Albrecht-Dürer-Weg 15a - 21d, Haldenrainstraße 142, Böckinger Straße, Weißenhofsiedlung, In der Au 12a - d, ehemalige US-Mülldeponie und Wasserhochbe-

hälter und Motorstraße 42. Er weist explizit darauf hin, dass die Kaserne in Bad Cannstatt an der Gemarkungsgrenze zu Fellbach in absehbarer Zeit nicht frei werde.

EBM Föll ergänzt, die Verwaltung sei mit allen relevanten Wohnbauflächen befasst. Sie habe dem Bund für das Grundstück Motorstraße 42 ihr Erstzugriffsinteresse bereits vor längerer Zeit signalisiert.

StR Rudolf (CDU) bedankt sich für die Auflistung und begrüßt das Vorgehen der Verwaltung.

Das Antwortschreiben von OB Kuhn reiche als Antwort an den Gemeinderat nicht aus, so StR Adler (SÖS-LINKE-PluS), denn der Gemeinderat habe im November 2017 einen Zielbeschluss gefasst, demzufolge der Wohnbestand in kommunaler Hand deutlich gesteigert werden solle. Darin gehe es nicht nur um Nachverdichtung, sondern z. B. auch um Kaufoptionen. Hier betont EBM Föll nochmals, dass die Verwaltung in regelmäßigem Kontakt mit der BlmA stehe. OB Kuhn sei in seinem Antwortschreiben auf das Schreiben des Haus- und Grundbesitzervereins eingegangen, nicht auf den Zielbeschluss des Gemeinderats.

StR Lutz (SPD) dankt für die Beantwortung des Antrags und regt an, ähnlich wie beim Leonhardsviertel auch hier den Ausschuss gegebenenfalls unter Verschiedenes kurz zu unterrichten, wenn Grundstücke zum Verkauf anstünden. Hierzu merkt EBM Föll an, das habe die Verwaltung auf einen entsprechenden Antrag hin 2017 bereits zugesagt.

StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) betont nochmals, seine Fraktionsgemeinschaft sehe den Grundsatzbeschluss der Gemeinderatsmehrheit als klaren Auftrag an die Verwaltung, Flächen zu kaufen, auch wenn es dort kein Nachverdichtungspotenzial für Wohnungsbau gebe.

EBM Föll stellt abschließend Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR